



BUND-Vorsitzender Weiger fordert Ende der Demontage der Erneuerbaren

BUND-Vorsitzender Weiger fordert Ende der Demontage der Erneuerbaren
würgt aber Energiewende ab
Berlin: Anlässlich der offiziellen Bekanntgabe der EEG-Umlage für 2014 in Höhe von rund 6,24 Cent hat der Vorsitzende des Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Hubert Weiger, vor nicht zielführenden Einschnitten bei der Förderung der Erneuerbaren gewarnt. Eine komplette Abkehr von der garantierten Einspeisevergütung würde das Kostenproblem der Energieerzeugung nicht lösen, gleichzeitig aber das Aus für den dezentralen Ausbau von Wind- und Solarkraft durch die Bürger vor Ort und damit ein Abwürgen der Energiewende bedeuten. Weiger: "Dass die Strompreisfrage immer wieder mit der Forderung nach einer Reduzierung des Ausbaus der Erneuerbaren einhergeht, ist zunehmend absurd. Die Strompreise spiegeln nicht die tatsächlichen Kosten der derzeitigen Stromerzeugung wieder. Würden die durch Kohlekraftwerke verursachten Klimaschäden oder die Kosten der Endlagerung hochradioaktiven Mülls miteinfließen, würde deutlich werden, wie viel günstiger der Einsatz der Erneuerbaren Energien für unsere Volkswirtschaft ist." Damit die Energiewende in Fahrt bleibe, müssten Wind- und Solarenergie auch in Zukunft so gefördert werden, dass die Bürger vor Ort weiter den Ausbau voranbringen könnten. Weiger: "Das zukünftige EEG muss sich auf die Förderung von Onshore-Wind und Photovoltaik konzentrieren. Wichtig wird es zukünftig sein, die verbrauchsnahe Stromerzeugung zu fördern und klare ökologische Leitplanken wie beispielsweise den Schutz der Natur beim Ausbau der Windkraft zu setzen." Um die Strompreise kurzfristig zu reduzieren und die Verbraucher zu entlasten, müsste der durch die Erneuerbaren gesunkene Strompreis an der Börse von den Stromkonzernen an die privaten Haushalte weitergegeben und endlich ungerechtfertigte Privilegien für die Industrie abgebaut werden. "Es ist zutiefst ungerecht, dass die Belastung eines Privathaushalts durch die Industriesubventionen in 2014 nochmals auf inzwischen 80 Euro im Jahr ansteigen", kritisierte der BUND-Vorsitzende. Der aktuelle Ruf der Wirtschaft nach noch mehr Ausnahmen und Subventionen sei schamlos. Sowohl die Energiekonzerne als auch die energieintensiven Industrien würden seit Jahrzehnten mit Milliarden gepöppelt. Weiger: "Das Drohen mit Pleiten und Abwanderung ist ein durchsichtiges Manöver, um bei einer neuen Bundesregierung noch mehr Vergünstigungen herauszuschlagen. Die großen Energiekonzerne haben die Energiewende verschlafen und versuchen jetzt alles, um die Erneuerbaren zu stoppen." Die anstehende Reform des EEG müsse von diesen ungerechtfertigten Angriffen sauber getrennt bleiben.

net/presse/bild_und_ton/aktionen_und_projekte/ druckfähige Grafiken zu den Strompreisen - Vergleich Privathaushalte/Industrie - unter Berücksichtigung der neuen EEG-Umlage für 2014 hochgeladen.

Pressekontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

tina.loeffelsend@bund.net, Almut Gaude, BUND-Pressereferentin, Tel. 030-27586-464/-489, Fax: 030-27586-440, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

Firmenkontakt

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)

10179 Berlin

tina.loeffelsend@bund.net, Almut Gaude, BUND-Pressereferentin, Tel. 030-27586-464/-489, Fax: 030-27586-440, E-Mail: presse@bund.net, www.bund.net

P>1975 gründeten Horst Stern, Bernhard Grzimek und 19 weitere Umweltschützer den Bund für Natur- und Umweltschutz Deutschland. 1984 kam die BUNDjugend hinzu und 1989 schloss sich der BUND dem internationalen Netzwerk Friends of the Earth an. Dieses Jahr wird der BUND 30 Jahre alt und ist mit fast 400.000 Mitgliedern und Spendern der größte föderale Umweltverband Deutschlands. Mit unzähligen Aktionen und Kampagnen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene konnten wir Moore retten, gegen die Atomkraft mobil machen und uns für umwelt- und gesundheitsverträgliche Produkte einsetzen.